



taz.die tageszeitung vom 03.03.2022, Seite 25 / Nord Aktuell

Unternehmer entdecken ihre Liebe zur Windkraft

In Niedersachsen trommeln jetzt viele Akteure für einen schnelleren und leichteren Ausbau der Windkraft. Doch vor allem der Naturschutzbund hält dagegen: Das Artensterben werde dabei nicht ausreichend berücksichtigt

Von **Nadine Conti**

Es war schon ein beeindruckend breites Bündnis, das der Landesverband **ErneuerbareEnergien** (LEE) da zu seiner jüngsten Pressekonferenz aufgeboten hat: Am Tisch saßen neben LEE-Geschäftsführerin Silke Weyberg, Philip Freiherr von Oldershausen für die niedersächsischen Waldbesitzer, Volker Müller für die Unternehmerverbände (UVN), Petra Adolph für die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, **Energie** (IG BCE) und Peter Klug, Projektentwickler beim Windkraftanlagenbauer Alterric.

"Das hätte ich noch vor ein paar Jahren auch nicht gedacht, dass ich heute hier einmal in dieser Runde sitzen und vehement für den Ausbau der Windkraft eintreten würde", sagt UVN-Geschäftsführer Müller lachend. Aber die Zeiten ändern sich eben - **Erneuerbare+Energien"/>nicht zuletzt mit Blick auf die Ukraine**. Den Unternehmer treibt letztlich die gleiche Sorge um wie die Gewerkschafterin neben ihm: die **energieintensiven** Unternehmen Niedersachsens zukunftsfähig aufzustellen.

"Wir wissen ganz genau, was wir wann abschalten, aber so langsam müssen wir einmal anfangen, seriös zu kalkulieren und zu planen, woher der Strom denn stattdessen kommen soll", mahnt Müller. "Daran hängen in Niedersachsen massenhaft Arbeitsplätze", ergänzt Petra Adolph.

Zwei große Problemfelder zeichnen sich dabei ab: Da ist zum einen das zähe Ringen um die Ausweisung von weiteren Windkraftflächen, auch in Waldgebieten. Und zum anderen die Schwierigkeiten, Unsicherheiten und vor allem Dauer von Planungsprozessen.

"Wenn wir in zehn Jahren die Ausbauziele erreicht haben wollen, dann müssen die Flächen jetzt bereitgestellt werden", mahnt Projektentwickler Peter Klug. Aber das droht an einer ganzen Reihe von Stellschrauben zu scheitern.

Da ist zum einen **Erneuerbare+Energien"/> der ewige Streit um den Wald**. "Es will doch niemand alte Eichen und Buchen fällen, um dann da Windräder hinzustellen", sagt Philip Freiherr von Oldershausen fast beschwörend. "Aber es ist doch auch nicht jedes Waldstück ökologisch gleichermaßen wertvoll." Und dort, wo es ohnehin schon Sturmschäden oder sonstigen Kahlschlag gegeben hat, sollte es doch möglich sein, auch über das Aufstellen von Windrädern nachzudenken.

Das ist allerdings genau der Punkt, der bei Naturschützern regelmäßig Argwohn erregt: Sie unterstellen, die Waldbesitzer wollten hier vor allem ihre Verluste aus abgestorbenen Fichtenwäldern kompensieren - und nähmen die Zerstörung weiterer Waldflächen dabei billigend in Kauf.

Die Waldbesitzer halten ihrerseits den pauschalen Ausschluss von historischen Waldflächen, der auf Betreiben der Naturschutzverbände ins sogenannte Landesraumordnungsprogramm aufgenommen wurde, für zu weitgehend: "Damit ist praktisch jeder Höhenkamm in Niedersachsen von der Nutzung für **Windenergie** ausgenommen", sagt von Oldershausen.

Der noch viel größere Bremsen sind allerdings die Planungsprozesse. Vor allem die damit verbundenen Unsicherheiten schrecken Investoren ab, erläutert LEE-Geschäftsführerin Weyberg. Die Planung und Genehmigung einer konkreten Anlage nehme derzeit schon mehrere Jahre in Anspruch, sagt auch Klug. Und ständig laufe man dabei Gefahr, dass sie sich selbst überholt. "Wenn sich so ein Prozess über Jahre hinzieht, dann ist das naturschutzrechtliche Gutachten, das ich am Anfang erstellt habe, doch längst wieder obsolet, weil sich das Ökosystem längst wieder verändert hat."

Noch schwieriger wird es aber, ergänzt Weyberg, wenn - wie zum Beispiel in Uelzen oder in der Region Hannover - die regionalen Raumordnungsprogramme von Gerichten gekippt werden.

Beispiel Hannover: Das regionale Raumordnungsprogramm 2016 ist nach einem fünfjährigen Dialog- und Planungsprozess 2016 verabschiedet worden und 2017 in Kraft getreten. Eigentlich hätte es für zehn Jahre gelten sollen. Doch **im März 2019 kassierte das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht** die darin enthaltenen Festlegungen zur **Windenergie** ein. Unter anderem, weil Abstandsregelungen nicht korrekt berechnet worden waren. Jetzt, drei Jahre später, hat die Region angekündigt, die überarbeitete Planung in den öffentlichen Beteiligungsprozess zu geben - Ausgang ungewiss.

Dabei sind es nicht einmal immer Umweltschützer oder Nachbarn, die klagen. In Uelzen beispielsweise

[energieversorger-enbw-begruesst-urteil-des-ovg-lueneburg-91317616.html">energieversorger-enbw-begruesst-urteil-des-ovg-lueneburg-91317616.html](#)>waren es **Energieversorger**, weil dort **haufenweise Vorrangflächen** ausgewiesen werden sollten, auf denen aber gar keine Windräder gebaut werden konnten, weil sie im Tieffluggelände der Bundeswehr lagen. Das Ergebnis ist aber das gleiche: Genehmigungsverfahren und Projekte werden verzögert.

"Wir brauchen einfach Beteiligungsverfahren und Diskussionsprozesse, die frühzeitig alle Parteien einbinden und dann aber auch zu verbindlichen Ergebnissen kommen", sagt Gewerkschafterin Adolph. "Und dann müssen vielleicht auch BUND und **Energiewende/!5610830&s=Landesverband+Erneuerbare+Energien/**>**Nabu mal die ein oder andere Kröte** schlucken, wenn ihre Einwände gehört wurden, aber im Abwägungsprozess unterlegen sind." Das allerdings dürfte juristisch nicht ganz einfach umzusetzen sein.

Man brauche vor allem auch eine präzisere und klarere Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sagt der Planer Klug. In der komplexen Hierarchie von Landesraumordnung, regionaler Raumordnung und kommunalen Flächennutzungsplänen komme es sonst immer wieder zu Widersprüchen.

Der Nabu reagierte sofort mit einer Pressemitteilung auf die Veranstaltung des LEE. Darin wirft der Nabu-Landesvorsitzende Holger Buschmann den Akteuren unter anderem vor, vor allem finanzielle Interessen zu vertreten und die Rückwirkungen auf das Ökosystem Wald und das Artensterben nicht hinreichend zu berücksichtigen. Er mahnte, man dürfe Windkraft nicht als Allheilmittel in der **Energiewende** betrachten. Stattdessen sollte lieber das Photovoltaikpotenzial ausgeschöpft werden.



Sorgen oft für Streit: Windräder, ob im Wald, im Wasser oder im freien Feld Christian Charisius/dpa

Nadine Conti

Quelle: taz, die tageszeitung vom 03.03.2022, Seite 25

Dokumentnummer: T20220303.5835516

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_b79d2b37fe37e141b99b35f8ba1195ecd8eff2ab

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.